

ASIEN AKTUELL: SCHWERPUNKT SÜDASIEN

Die Muttahida Majlis-e Amal – Ursachen des Wahlerfolgs der Islamisten bei den pakistanischen Wahlen im Oktober 2002¹

Ulrich von Schwerin

Summary

The Islamic Parties have surprisingly emerged from Pakistan's elections in October 2002 as the country's third political force. For the first time in Pakistan's history they had united on a common electoral platform putting aside their political and ideological differences, having in the aftermath of September 11th increasingly come under pressure. Their electoral success is mainly due to a radical anti-American strategy and a clever instrumentalisation of pashton nationalism. But their electoral campaign also reflects a pragmatic approach. They seem to have realised that only a non-ideological policy will enable them to enlarge their traditional vote bank.

Aus den Wahlen zur pakistanischen Nationalversammlung und den Provinzparlamenten am 10. Oktober 2002 ging die Muttahida Majlis-e Amal (MMA) als dritte politische Kraft hervor. Der Wahlerfolg dieses Bündnisses, das erstmals in der pakistanischen Geschichte die sechs bedeutendsten islamistischen Parteien Pakistans auf einer gemeinsamen Wahlplattform vereint, sorgte in Pakistan für Überraschung und im Ausland für Beunruhigung. Insbesondere die Aussicht, dass die der Taliban nahestehende Jamiyat-e Ulema-e Islam (JUI), ein Bestandteil der MMA, in der an Afghanistan angrenzenden North Western Frontier Province die Regierung stellen würde, war, knapp ein Jahr nach Sturz der Taliban, Anlass zur Sorge. Die gelassene Reaktion der pakistanischen Medien ließ jedoch weniger eine Radikalisierung der Politik erwarten, als auf einen pragmatischen Kurswandel der Islamisten schließen.

In der Vergangenheit hatten die Islamisten eine ambivalente Position zu Demokratie und Staat eingenommen, da die von ihnen geforderte Einführung des "Islamischen Staates" die radikale Reform des politischen Systems voraussetzte. Dennoch konnten die Islamisten in den vergangenen zwanzig Jahren deutlich an Einfluss gewinnen.

¹ Dieser Aufsatz ist aus einem Seminar am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften der Freien Universität Berlin von PD Dr. Dietrich Reetz zum Thema "Islam und politische Öffentlichkeit in Südasien" hervorgegangen.

nen. Denn das Scheitern des modernen Nationalismus als nationale Integrationskraft erzeugte ein ideologisches Vakuum, in dem sich der Islamismus ausbreiten konnte. Der Versuch des Staates, durch eine Politik der Islamisierung seine Legitimität zurückzugewinnen, trug lediglich zur Stärkung der Islamisten bei. Sie haben daher erheblichen Einfluss auf Gesellschaft und Politik ausüben können, ohne dass ihnen jedoch der Durchbruch bei den Wahlen gelungen wäre. Denn ihr enges ideologisches Programm ermöglichte ihnen nicht, eine breitere Wählerschaft anzusprechen.

Der unerwartete Erfolg der MMA bei den Wahlen 2002 erklärt sich in erster Linie aus ihrem Wahlkampf. Es gelang ihr trotz der Wahlmüdigkeit und des Desinteresses der Bevölkerung, ihre Wählerschaft zu mobilisieren und zusätzliche Stimmen zu gewinnen. Die Anpassung ihres Wahlprogramms zeugt von einem politischen Realismus, der im Kontrast zu ihrem bisherigen Rigorismus steht. Es ist daher zu fragen, inwiefern der Wahlkampf 2002 einen programmatischen Wandel widerspiegelt. Dieser Artikel will versuchen, den Hintergrund der Gründung der MMA und die Ursachen ihres Wahlerfolgs zu erklären.

1 Die ideologischen und politischen Differenzen der Islamisten

Die MMA stellt das erste Bündnis aller bedeutenden islamistischen Parteien in der Geschichte Pakistans dar. Da das Mehrheitswahlrecht die kleinen Parteien benachteiligt, schien ein solches Bündnis, das die Aufsplitterung der islamistischen Wählerschaft verhindern würde, seit langem sinnvoll. Die religiösen Parteien hatten zwar aufgrund ihrer Fähigkeit, große Mengen auf die Straße zu bringen und die Meinung der Massen zu beeinflussen, einen nicht unbedeutenden Einfluss in der Gesellschaft, waren in Parlament und Regierung jedoch kaum vertreten. Die Ursache der Spaltung des islamistischen Lagers muss man in seinen doktrinären und politischen Differenzen suchen.

Die erste große Unterscheidung besteht zwischen den sunnitischen Parteien Jamaat-i Islami (JI), Jamiyat-e Ulama-Islam (JUI), Jamiyat-e Ulama-e Pakistan (JUP) und Ahl-e Hadith (AH) und der schiitischen Tahrik-e Jaffriya-e Pakistan (TJP). Seit den 1980er-Jahren hat sich in Pakistan ein zunehmend blutiger Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten entwickelt, der teilweise, gerade in den großen Städten, bürgerkriegsartige Zustände annahm. Die iranische Revolution hatte die Schiiten ermutigt, aggressiver ihre Interessen vorzutragen und sich stärker zu organisieren.² Sie gründeten daher 1979 eine eigene Partei, die TJP, was jedoch die Sunniten als Bedrohung aufnahmen. Beide Seiten gründeten in der Folgezeit eigene Milizen, die sich einen blutigen Bandenkrieg lieferten. Vor diesem Hintergrund ist der Anschluss der TJP an eine mehrheitlich sunnitische Allianz nicht selbstverständlich.

² Nasr 2002: 87ff.

Die zweite große Unterscheidung besteht zwischen den traditionellen Gelehrtenparteien JUI und JUP und der modernen Laienpartei JI. Die 1941 von Sayyid Abu'l-A'la Maududi gegründete JI ist streng hierarchisch und zentralistisch aufgebaut und rekrutiert sich vorwiegend aus der gebildeten, städtischen Mittelschicht, die eine moderne, nichtreligiöse Ausbildung hat. Sie sieht ihre eigene Rolle in der Heranbildung einer neuen Gemeinschaft rechtgläubiger Menschen, welche die islamische Revolution vollbringen und den Islamischen Staat regieren sollen. Sie spricht den Ulama das Recht ab, die einzigen legitimen Interpreten des Islam zu sein, und beansprucht für alle Gläubigen das Recht, den Koran auszulegen.³ Die Ulama hingegen sehen sich als Hüter der islamischen Tradition, diese auszulegen allein sie die notwendige Ausbildung besitzen, woraus sie das Recht ableiten, eine herausragende Rolle im zukünftigen Islamischen Staat zu spielen.⁴

Die dritte große Unterscheidung besteht zwischen den Religionsschulen der Deobandis, denen die JUI angehört, und der Barelwis, denen die JUP angehört. Die Barelwis vertreten einen mystischen Volksislam in der Art des Sufismus und erkennen neben der Autorität des Propheten auch die Autorität der Heiligen an. Sie verehren diese als Vorbilder und als Vermittler zu Gott, deren Gräber als heilige Stätten und Pilgerorte gelten.⁵ Die Deobandis hingegen wenden sich gegen diese Art der Heiligenverehrung, die sie als unzulässige Neuerung empfinden, fordern die Rückkehr zu den Quellen des Islam und betonen die Bedeutung des Studiums der Gesetze und Traditionen. Die AH schließlich lehnt alle Rechtsschulen ab, die keine Grundlage im Koran oder der Hadith haben, und unterscheidet sich daher von Deobandis und Barelwis.

2 Die Ursachen der Gründung der MMA

In Anbetracht des blutigen Kriegs zwischen Sunniten und Schiiten, des Konflikts zwischen Gelehrten und Laien sowie der langen Feindschaft zwischen den Religionsschulen muss die Gründung der MMA überraschen. Sie lässt sich jedoch aus dem veränderten politischen Kontext nach dem Afghanistankrieg erklären. Als nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 Al Qaida und die Taliban ins Visier der Vereinigten Staaten gerieten, kam auch Pakistan unter Druck. Denn das pakistanische Militär und sein Geheimdienst Inter Service Intelligence (ISI) hatten die Taliban als Speerspitze im Kampf gegen die Sowjets aufgebaut und bis zum 11. September enge Kontakte mit ihrer Führung unterhalten. Hinzu kam, dass die "Religionsschüler", die aus einigen Medressas der Deobandis im afghanischen Grenzgebiet hervorgegangen waren, von den pakistanischen Islamisten, insbesondere der JUI, unterstützt wurden.

³ Zaman 2002: 10.

⁴ Zaman 2002: 103f.

⁵ Zaman 2002: 11.

Musharraf reagierte schnell und stellte sich entschlossen auf die Seite des "Kampfes gegen den Terror". Mit seiner Offensive gegen die in Pakistan agierenden islamistischen Terrorgruppen und die Medressas, die verdächtigt wurden, Kämpfer für Taliban und Al Qaida auszubilden, erntete er zwar in der westlichen Welt Lob und Unterstützung, geriet aber zuhause unter scharfe Kritik.⁶ Denn die Islamisten verstanden den Angriff auf die Taliban als Angriff auf den Islam und das Vorgehen gegen Jihadis und Medressas als Bedrohung ihrer eigenen Interessen. Laut Nasr ist die MMA aus der Angst entstanden, ohne die Unterstützung von Militär und Geheimdienst unterzugehen und stellt den Versuch dar, ein eigenständiges, lebensfähiges Bündnis zu bilden. Jedoch sei sie auch aus der Hoffnung entstanden, von der Schwäche der beiden großen Parteien, Pakistan Muslim League (PML) und Pakistans People's Party (PPP), und ihrem Streit mit dem Militär zu profitieren und sich im politischen Vakuum als dritte große Kraft zu etablieren.⁷

3 Der politische Kontext der Wahlen 2002

Die Erwartungen an die Wahlen 2002 waren in der Bevölkerung eher gering, da, so die indische Zeitschrift *Frontline*, "the voter is called upon to vote a government in, but since 1988 has never voted out a government".⁸ Auch bei den parteilosen Wahlen zu den Lokalversammlungen 2000 sowie beim Referendum im April 2002, mit dem General Musharraf sich zum Präsidenten wählen und seinen Militärputsch von 1999 nachträglich legitimieren ließ, hatten die Wähler keine tatsächliche Wahl gehabt.⁹ Es war nicht abzusehen, dass Musharraf und das Militär diesmal bereit sein würden, die Macht tatsächlich an eine zivile Regierung abzutreten, da Musharraf gerade die Position des Militärs mit der Schaffung des Nationalen Sicherheitsrates institutionell abgesichert hatte. Am 21. August 2002 hatte Musharraf zudem eine Reihe von Änderungen an der seit dem Putsch suspendierten Verfassung von 1973 vorgestellt, die ihm ermöglichten, als Chef der Streitkräfte ebenfalls Präsident zu werden, und ihm weitere Rechte zusprachen. Es war daher klar, wo die wahre Macht liegen würde.

Hinzu kam, dass die Führer der beiden großen Parteien PPP und PML, Benazir Bhutto und Nawaz Sharif, die seit dem Militärputsch 1999 im Exil lebten, wegen angeblicher Vergehen während ihrer Zeit als Premierminister nicht zur Wahl zugelassen worden waren, weshalb *Frontline* schrieb "if the 2000-2001 local body elections were partyless and the referendum on the President was candidate-less, the general elections promise to be a leaderless one".¹⁰ Führerlos und desorientiert hatten die beiden Volksparteien kein klar umrissenes Programm anzubieten und konnten

⁶ Reetz 2003: 135.

⁷ Nasr 2004: 203.

⁸ *Frontline* 12-25.10.2002.

⁹ Talbot 2002: 312, 318.

¹⁰ *Frontline* 12-25.10.2002.

keine wirkliche Alternative zum Militärregime vorzeigen. In der Bevölkerung war ihr Bild vor allem von ihrer von Korruption geprägter Regierungszeit in den Neunzigern bestimmt. Da ihr Wahlkampf sich auf Klagen und Proteste gegen die Wahlmanipulation beschränkte, meinte die pakistanische Tageszeitung *Dawn*, sie haben nicht klar machen können, für was sie stehen außer dem Willen zur Macht.¹¹

Musharraf hatte aus seiner Präferenz für die Splittergruppe PML(Q) kein Geheimnis gemacht, sodass übereinstimmend erwartet wurde, dass diese Partei dank der Unterstützung des Militärs die Wahlen gewinnen würde. Doch mit seiner Blockadestrategie gegen PML und PPP hat er, so *Frontline*, auch der MMA den Weg geebnet.¹² Denn indem er die beiden Volksparteien ihrer Führer beraubte und sie von der politischen Bühne verdrängte, hat er sie zu einem Schattendasein verdammt und ein politisches Vakuum geschaffen, von dem die MMA profitierte.

4 Der Wahlkampf der MMA

Die Wahlbeteiligung war 2002 aufgrund der hohen Apathie und der geringen Erwartungen niedrig, lag jedoch mit rund vierzig Prozent höher als bei den zwei vorherigen Wahlen.¹³ Der Wahlerfolg der MMA geht vor allem darauf zurück, dass es ihr im Gegensatz zu den anderen Parteien gelang, ihre Wähler zu mobilisieren. Doch welche Wahlkampfstrategie erlaubte ihr, eigene und neue Wähler zu mobilisieren? Um zu verstehen, wie ihre Position von der Öffentlichkeit und der Wählerschaft wahrgenommen wurde, konzentriert sich dieser Teil auf die Wahrnehmung der Medien, die vor allem drei Gründe für den Wahlerfolg der MMA verantwortlich machten.

Als ersten Grund nannten sie übereinstimmend die radikal antiamerikanische Rhetorik der MMA. Ihr scharfer Protest gegen die Zusammenarbeit Musharrafs mit den USA im "Kampf gegen den Terror" und gegen die Verfolgung flüchtiger Taliban auf pakistanischem Boden sprach vielen aus dem Herzen. Der Angriff auf Afghanistan erschien vielen als Aggression gegen die Muslime, worin sie durch die latent antiislamischen Äußerungen von George W. Bush und seine Formel vom "Kreuzzug gegen den Terror" noch bestärkt wurden. Obwohl die überwiegende Mehrheit der pakistanischen Gesellschaft keineswegs die Ideologie der Taliban teilte oder ihre Herrschaft guthieß, sympathisierten doch viele Pakistanis in diesem Konflikt mit ihnen. Die Würdigung der Taliban als "Freiheitskämpfer", die Kritik der Musharraf-Regierung als Marionette Washingtons¹⁴ sowie der Aufruf zum Kreuzzug gegen den amerikanischen Einfluss¹⁵ stießen daher bei vielen auf Zustimmung.

¹¹ *Dawn* 18.10.2002.

¹² *Frontline* 26.10-08.11.2002.

¹³ Ansari/Moten 2003: 383.

¹⁴ *Daily Times* 01.10.2002.

¹⁵ *Daily Times* 03.10.2002.

Als zweiten Grund für den Wahlerfolg der MMA nannten die Medien ihren Einsatz für die Interessen der Paschtunen. Die Paschtunen der NWFP hatten den Angriff auf die Taliban, die als Bewegung entstanden waren, die Islamismus und paschtunischen Nationalismus verband, als Angriff auf ihr Volk empfunden und warfen Musharraf vor, durch die Unterstützung des Krieges mitverantwortlich für den Machtwechsel in Kabul zu sein.¹⁶ Sie fühlten sich allein von der MMA verstanden, so Ansari und Moten, da sie die einzige Partei war, die sich offen gegen Musharrafs Außenpolitik wandte.¹⁷ Die Strategie der MMA in der NWFP lässt sich nach Nasr als eine bewusste Zurückstellung ihres islamistischen Programms hinter dem paschtunischen Nationalismus verstehen,¹⁸ da viele ihr islamistisches Programm nicht teilten, der paschtunische Nationalismus hingegen konsensfähig war und daher versprach, ein effizientes Mittel der Mobilisierung zu sein.

Als dritten Grund für den Wahlerfolg der MMA nannten die Medien die Opposition zu Musharrafs autoritärer Politik. MMA, PML(N) und PPP waren sich einig in ihrem Widerstand gegen die Entmachtung des Parlaments, die Stärkung des Militärs und die Legitimierung der Machtergreifung. Die MMA wandte sich besonders gegen die Provisional Constitutional Order (PCO), mit der Musharraf seit 1999 anstelle der suspendierten Verfassung regiert hatte, und forderte, das Parlament müsse die PCO legalisieren. Ebenso profilierte sie sich als Gegner der Legal Framework Order (LFO) von 2002, mit dem Musharraf eigenmächtig seine Macht abzusichern und auszubauen trachtete. Es gelang der MMA auf diese Weise, sich als demokratisch und verfassungstreu zu präsentieren, weshalb die Aufregung über den Wahlerfolg der MMA in Pakistan weit geringer war als im Ausland, da man vertraute, dass moderate Führer wie Qazi und Noorani sie auf einem pragmatischen Kurs halten würden.

5 Nach den Wahlen

Die MMA erlangte in der Nationalversammlung 53 von den 342 zu vergebenden Sitzen und in der zweiten Kammer, dem Senat, 18 Sitze, beteiligte sich aber nicht an der Regierungsbildung, sondern verblieb in der Opposition. In der NWFP erreichte sie mit 62 Mandaten eine knappe Mehrheit der insgesamt 123 Sitze und stellt daher seit den Wahlen die Provinzregierung. In Balutschistan erhielt sie immerhin 17 der 64 Sitze und ist an der Regierung beteiligt.¹⁹ Obwohl die religiösen Parteien mit rund 11 Prozent nur geringfügig mehr als bei früheren Wahlen erhielten, schlug sich dieser Stimmanteil dank der Vereinigung der islamistischen Wählerschaft erstmals auch in der Sitzverteilung nieder.

¹⁶ *Daily Times* 11.10.2002.

¹⁷ Ansari/Moten 2003: 386f.

¹⁸ Nasr 2004: 205.

¹⁹ Reetz 2003: 160.

Nach ihrer Machtübernahme in der NWFP hat die MMA eine Reihe von an die Taliban erinnernde Maßnahmen zur Islamisierung der Provinz unternommen. Sie ging öffentlich gegen als anstößig geltende Musik, Filme und Werbeplakate vor und verbot die Arbeit als islamfeindlich kritisierter Hilfsorganisationen. Sie erklärte die Einhaltung der Gebetszeiten für Beamte zur Pflicht und drängte Männer wie Frauen zum Tragen traditioneller Kleidung. Vor allem aber verabschiedete sie ein Gesetz, das die Scharia zur Grundlage aller Gesetze erklärte, und richtete drei Kommissionen zur Islamisierung von Bildung, Wirtschaft und Gesetzgebung ein.

Doch die Einführung einer Institution zur Überwachung der religiösen Gesetze, wie sie unter den Taliban existierte, scheiterte am Militär. Auch die anderen Maßnahmen scheinen oft von geringer Reichweite und von mehr symbolischer als praktischer Bedeutung. Wenn auch der Regierungsantritt der MMA zweifelsohne zu einer Einschränkung der Freiheiten, insbesondere für Frauen, geführt hat, scheint die Befürchtung einer Talibanisierung der Provinz übertrieben. Vielmehr zwingt die Beteiligung an der Regierung die MMA zu einer pragmatischen Politik, da ihre Wähler sie zuallererst daran messen, ob es ihr gelingt, die bestehenden Probleme zu lösen.

Auf nationaler Ebene hat sich die MMA zuerst gemeinsam mit anderen Oppositionsparteien der Änderung der Verfassung (LFO) widersetzt, trat jedoch im Frühjahr 2003 in Verhandlungen mit Musharraf und ermöglichte ihm schließlich, die LFO zu ratifizieren und seinen Status als Präsident zu legalisieren. Ihr Nachgeben erklärt sich aus ihrer eigenen Schwäche, da die Allianz nach Streit über die Verteilung der Ministerposten in der NWFP auseinanderzubrechen drohte. Nachdem jedoch klar wurde, dass Musharraf seine Uniform nicht wie versprochen Ende 2004 ablegen würde, hat die MMA ihre Proteste wieder verstärkt. Die MMA verfolgt so weiter die Strategie, öffentlich gegen Musharraf's autoritäre und proamerikanische Politik zu protestieren, hinter den Kulissen aber mit dem Militär zusammenzuarbeiten. Mit dieser opportunistischen Politik riskiert sie jedoch langfristig, an Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die MMA die Wahl nicht allein dank ihres islamistischen Programms gewonnen hat, sondern dieses bewusst um Themen erweiterte, die versprochen, eine größere Wählerschaft zu mobilisieren. Der Wahlerfolg der MMA ist daher auf eine weitgehend unideologische und pragmatische Politik zurückzuführen. Denn laut Nasr haben die Islamisten nach dem gewaltsamen Ende der Taliban verstanden, dass ihre Zukunft in der Einhaltung demokratischer Spielregeln und einem moderaten islamistischen Programm liegt.²⁰

Die MMA hat so bei den Wahlen 2002 erreicht, was der JI bislang den politischen Durchbruch verwehrt hatte. Denn nach Nasr war die JI daran gescheitert, dass sie sich mit ihrem elitären Anspruch einer populistischen Politik verweigert hatte, sich aufgrund ihrer nationalen Ausrichtung ethnische Solidarität nicht zunutze machen

²⁰ Nasr 2004: 205.

konnte und sich in ihrer Nähe zum Staat nicht als Sprecher der Armen und Unterdrückten präsentieren konnte.²¹ In Ableitung Nasrs kann man daher sagen, dass die MMA die Wahlen 2002 weniger mit einer islamistischen als mit einer populistischen, staatskritischen und ethnischen Politik gewonnen hat.

Literaturverzeichnis

- Ansar, Zafar Afaq/Moten, Abdul Rashid: "From Crisis to Crisis: Musharraf's Personal Rule and the 2002 Elections in Pakistan", in: *The Muslim World*, 2003, July/October
- Jaffrelot, Christophe: "Pakistan Searching for its Identity", in: Jaffrelot, Christophe (Hrsg.): *Pakistan, Nationalism without a Nation?*, New Delhi, 2002
- Malik, Iftikhar H.: *Islam, Nationalism and the West, Issues of Identity in Pakistan*, Oxford, 1999
- Nasr, Vali Reza: *The Vanguard of the Islamic Revolution: The Jamaat-i Islami of Pakistan*, Berkeley, 1994
- Nasr, Vali Reza: *Islamic Leviathan, Islam and the Making of State Power*, Oxford, 2001
- Nasr, Vali Reza: "Islam, the State and the Rise of Sectarian Militancy in Pakistan", in: Jaffrelot, Christophe (Hrsg.): *Pakistan, Nationalism without a Nation?*, New Delhi, 2002
- Nasr, Vali Reza: "Military Rule, Islamism and the Democracy in Pakistan", in: *Middle East Journal*, 2004, Spring
- Reetz, Dietrich: "Präsident Musharraf und der institutionelle Islam – Bruch, Reform oder Kontinuität", in: Ebert, Hans-Georg/Hanstein, Thoralf (Hrsg.): *Beiträge zum islamischen Recht III*, Frankfurt a.M., 2003
- Reetz, Dietrich: "The Islamist Parties and the Military Regime in Pakistan", Paper at the Seminar "Considering the Future of Democracy of Pakistan", 24.06.2000
- Talbot, Ian: "General Pervez Musharraf: Saviour or Destroyer of Pakistan's Democracy", in: *Contemporary South Asia*, 2002, November
- Talbot, Ian: "Pakistan in 2003, Political Deadlock and Continuing Uncertainties", in: *Asian Survey*, 2004, 44:1
- Zaman, Muhammad Qazim: *The Ulama in Contemporary Islam, Custodians of Change*, Princeton, 2002

²¹ Nasr 1994: 222.